Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri

GRÜNE URI

Interpellation betreffend die Spekulation mit Agrar-Rohstoffen

Herr Präsident
Meine Damen und Herren

Die Spekulation mit Agrar-Rohstoffen und Nahrungsmitteln wird in weiten Kreisen als problematisch beurteilt. In der Botschaft zur Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!" (15.021) anerkennt der Bundesrat (Kapitel 4.2.2), dass die Spekulation mit Agrar-Rohstoffen zumindest mitverantwortlich ist für die extremen Preisausschläge der letzten Jahre. In Studien der Weltbank (2010) und der UNCTAD (2009 und 2011) zur Nahrungsmittelkrise von 2008 steht dagegen weit deutlicher, dass die Finanzialisierung die Preise von Nahrungsmittel verzerrt habe.
Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln treffen die Menschen in den Ländern der Südhalbkugel am härtesten. Sie müssen auf Grund von Preisausschlägen teilweise bis zu 80% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Bereits kurzfristige Preisausschläge haben schwerwiegende Folgen für diese Menschen. Es ist darum moralisch verwerflich, dass Banken, Versicherungen, Investitionsfonds und Pensionskassen aus den reichen Ländern der Nordhalbkugel mit immer höheren Investitionen in Agrargüter die Preise hochhalten beziehungsweise weiter ansteigen lassen. Ein weltweites Verbot oder zumindest eine nationale Einschränkung der Spekulation mit Nahrungsmitteln, wie dies die Initiative der Jungsozialisten fordert, ist für die Zukunft vieler Menschen existentiell.
Die ursprüngliche Idee bei der Lancierung von Rohstoffbörsen war, dass sich Nahrungsmittelproduzenten preislich absichern konnten und somit Investitionen weniger riskant waren. Basierend auf dieser Idee, ist es wichtig zwischen den Spekulationen von Aussenstehenden und den notwendigen finanziellen Tätigkeiten von Beteiligten zu unterscheiden. Nicht spekulative Finanztätigkeiten wie die betriebliche Absicherung, die notwendigen Investitionen ins eigene Geschäft sowie Kredite an Unternehmen im Agrar-Rohstoffbereich sollen selbstverständlich auch künftig möglich sein.
Die Regelungen der US-amerikanischen „CFTC" (Commodity Futures Trading Commission) wie auch die EU-Richtlinie „über Märkte für Finanzinstrumente" (EU-MiFID II) unterscheiden die Tätigkeiten zur finanziellen Absicherung von den in den letzten Jahren an den Rohstoffbörsen stark verbreiteten Spekulationstätigkeiten unterschiedlich. In der öffentlichen Debatte besteht aber Unklarheit bezüglich dieser Unterscheidung.

In diesem Zusammenhang und gestützt auf Art. 128 der Geschäftsordnung des Landrates ersuchen wir, der Zweitunterzeichner Herbert Enz und ich, den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Bietet die Urner Kantonalbank spekulative Agrar-Derivate an, das heisst Produkte, welche sich auf Nahrungsmittel oder Agrar-Rohstoffe beziehen und weder der Absicherung eines realen Handels noch der Finanzierung der Produktion oder des Handels dienen?
   1.1 Wenn ja:
   Wie hoch ist der Anteil solcher Agrar-Derivate an den gesamten Vermögensanlagen und welche konkreten Agrar-Rohstoffe sind betroffen?
   1.2 Wenn nein:
   Verzichtet die UKB bewusst auf das Anbieten solche Anlagen?

2. Investiert die Urner Kantonalbank in spekulative Agrar-Derivate, das heisst Produkte, welche sich auf Nahrungsmittel oder Agrar-Rohstoffe beziehen und weder der Absicherung eines realen Handels noch der Finanzierung der Produktion oder des Handels dienen?
   2.1 Wenn ja:
   Wie hoch ist der Anteil solcher Agrar-Derivate an den gesamten Vermögensanlagen und welche konkreten Agrar-Rohstoffe sind betroffen?
   2.2 Wenn nein:
   Verzichtet die UKB bewusst auf das Investieren in solche Anlagen?

3. Investiert die Pensionskasse Uri im Rahmen ihrer Vermögensanlagen auch in Agrar-Derivate?
   3.1 Wenn ja:
   Wie hoch ist der Anteil solcher Agrar-Derivate an den gesamten Vermögensanlagen und welche konkreten Agrar-Rohstoffe sind betroffen?
   3.2 Wenn nein:
   Verzichtet die PKU bewusst auf solche Investitionen?

4. Wie steht der Regierungsrat zur oben erwähnten Kritik an der weltweiten Nahrungsspekulation und ihren Auswirkungen?

5. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass Pensionskassen beziehungsweise Banken der öffentlichen Hand aufgrund dieser Kritik auf Anlagen in Agrar-Derivaten verzichten sollten?
   5.1 Wenn nein: Was rechtfertigt solche Anlagen?

Der Zeitunterzeichner Herbert Enz und ich danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der gestellten Fragen bereits im Voraus.

Erstunterzeichner

Dimitri Moretti

Zweitunterzeichner

Herbert Enz